

## Wirtschaftsförderung – auch für die bestehenden Betriebe?

Die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes und die Bemühungen des Kantons Graubünden, neue Unternehmen anzusiedeln, sind zur Zeit viel diskutierte Themen. Neue Unternehmen können bei der Ansiedlung im Kanton Graubünden mit Fördermassnahmen rechnen.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist zur Schaffung von Arbeitsplätzen wichtig. Ebenso wichtig ist aber die Pflege der bestehenden Unternehmen, welche ihrerseits durch Stabilität Arbeitsplätze gewährleisten und durch Wachstum solche neu schaffen.

Gerade von Vertretern der bestehenden Unternehmen wird im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung oft von ungleich langen Spissen gesprochen und moniert, dass die bestehenden Unternehmen vergessen würden.

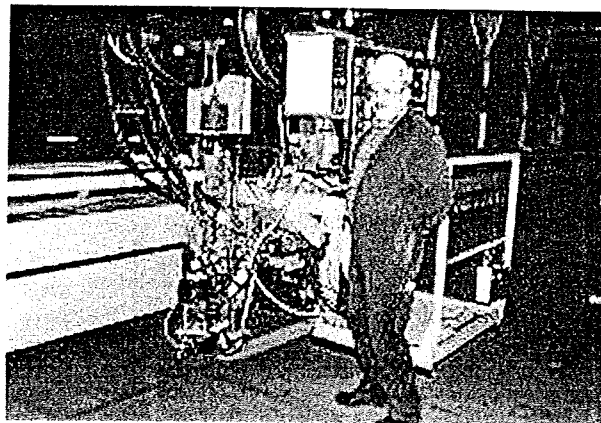
Im *Innozet-Innovationszentrum Trumpf* Grösch stellten sich am Dienstag, 1. Juni 2004, Regierungspräsident Klaus Huber und die drei Chefbeamten Eugen Arpagaus, Heinz Brand und Paul Schwendener Fragen und Anregungen von Unternehmern sowie Behördenmitgliedern und Grossrätinnen und Grossräten aus dem Prättigau zu diesem Thema.

### Das Innozet – ideale Plattform für den Austausch

Im Netzwerk des Innozet sind rund 20 Unternehmen aus dem Kanton Graubünden eingebunden. Eine ideale Plattform also, um solche und andere Fragen gemeinsam zu erörtern. Die Möglichkeit, Informationen zum Thema Wirtschaftsförderung und insbesondere zur Förderung bestehender Unternehmen aus erster Hand zu erhalten und eigene Anliegen an die Regierung einbringen zu können, wurde denn auch rege benutzt.

### Anliegen bestehender Unternehmen

In erster Linie sind private Initiative und die Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Unternehmens für seinen Erfolg massgebend. Um diesen zu



Auch bestehende Betriebe sollen wirtschaftlich gefördert werden.

erreichen, kommt es entscheidend auf günstige Rahmenbedingungen an. Aus der Sicht der anwesenden Unternehmerschaft gehören dazu vor allem niedrige Steuern, ein gutes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften und unbürokratische Verfahren bei den Behörden. Die Wirtschaftsförderung sollte demnach vermehrt auch auf diese Faktoren zielen. Gerade im Bereich der Steuern, wo Graubünden im schweizerischen Vergleich in den hintersten Rängen zu finden ist, besteht Handlungsbedarf. Neu zuziehende Unternehmen erhalten zwar Steuererleichterungen, aber auch nur in den Startjahren.

Die einzelbetriebliche Förderung müsste nach Meinung der Unternehmer so ausgestaltet sein, dass auch bestehende Betriebe dadurch gestärkt werden. Die heutige Praxis bietet bestehenden Unternehmen solche Erleichterungen nur, wenn es um eine eigentliche Umstrukturierung geht. Es wäre jedoch äusserst wichtig, dass für bestehende Unternehmen auch Innovationsanreize geschaffen werden.

Daneben wurde allgemein anerkennend geäussert, dass sich die Zusammenarbeit mit den Ämtern sehr gut entwickelt und man auf grosses Verständnis für die Anliegen der Unter-

nehmen stosse. Dass es natürlich in Einzelfällen weitere Verbesserungsmöglichkeiten gibt, ist andererseits auch zum Ausdruck gebracht worden.

### Offene Ohren der Regierung

Regierungspräsident Klaus Huber und Eugen Arpagaus, Chef des Amtes für Wirtschaft und Tourismus, zeigten auf, welche Tätigkeiten unter dem Begriff Wirtschaftsförderung zu verstehen sind und welche Erfolge in den letzten Jahren erzielt werden konnten. Am Beispiel zahlreicher Massnahmen wurde verdeutlicht, wie wichtig die bestehenden Betriebe sind und wie diese durch den Kanton gefördert werden können.

Einmal mehr geht es um die Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dass die Steuerbelastung für Unternehmen in Graubünden unerträglich geworden ist, wurde in der Diskussion anerkannt. Es kommt nun darauf an, dass die längst fälligen Entlastungsmassnahmen endlich ergriffen werden. Ein Warten auf «Bern» ist in diesem Bereich nicht zu verantworten. Regierungspräsident Huber konnte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Entlastungsmassnahmen im Regierungsprogramm vorgesehen sind.

Das neue Wirtschaftsentswicklungsgesetz, über das die Volksabstimmung in diesem Herbst folgt, erhält auch die Möglichkeit zur Förderung bestehender Betriebe. Seitens der Teilnehmer wurde die Bedeutung der Innovationsförderung unterstri-

chen und über Instrumente erfolgsbezogener Finanzhilfen für den Aufbau und die Weiterentwicklung eines Unternehmens diskutiert.

Eugen Arpagaus musste allerdings zu bedenken geben, dass solche Fördermöglichkeiten, auch wenn sie vom Gesetz her realisierbar werden sollten, leider oft an den (zu) knappen Mitteln scheiterten.

Der Zeitpunkt der Veranstaltung war insbesondere gut gewählt, weil gerade an diesem Tag die erste Übergangsfrist des Bilateralen Abkommens I ausgelaufen ist. Bis heute wurden nach den Ausführungen von Heinz Brand und Paul Schwendener keine ins Gewicht fallenden negativen Folgen der Personenfreizügigkeit festgestellt. Offensichtlich positiv für Graubünden wirkt sich auch die neue Möglichkeit, Grenzgänger mit Wochenaufenthalt einzustellen wie auch das stark vereinfachte Anmeldeverfahren (für 90-tägige Aufenthalte besteht nur noch eine Meldepflicht beim Kiga/Seco während die Bewilligungsverfahren für über 90-tägige Aufenthalte in der Kompetenz der Fremdenpolizei liegen).

Das Bilaterale Abkommen II bringt sodann Erleichterungen, indem die arbeitsmarktliche Überprüfung der Arbeitsverträge entfällt. Der schweizerische Arbeitsmarkt wird für Stellensuchende aus den bisherigen EU-Staaten offener und ab 2007 fallen die Kontingente.

Es wurde von den Teilnehmern auch mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Administration auf ein Minimum beschränkt wird und dass das Verfahren auch über Internet abgewickelt werden kann.

Ulrich Gadiet und Franco Jenal von der Stiftung zur Förderung junger Unternehmen dankten zum Schluss der Regierung und den Behörden für ihr Verständnis für die Anliegen der Unternehmerschaft und für ihre Bemühungen zur Förderung der Wirtschaft, insbesondere auch der bestehenden Unternehmen.

An die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des Grossen Rates und der Gemeinden richteten sie den Wunsch, dass diese und auch die anderen politischen Exponenten des Kantons die Anliegen der Wirtschaft aufnehmen und mithelfen, optimale Rahmenbedingungen auf kantonaler wie auf kommunaler Ebene zu schaffen. Eine starke Wirtschaft bildet schliesslich die Grundlage für eine gesunde Entwicklung des Gemeinwesens. \*